



Blick
in die Ausstellungshalle

beitsaufwand für die Skizze nach Arbeitsstunden zu errechnen und den Endpreis der Arbeit durch Multiplikation zu ermitteln nach Maßgabe der Verwendung der ausgeführten Arbeit durch den Auftraggeber. Eine besondere Kommission soll bis zum nächsten Bundestage die Möglichkeit der Durchführung dieser neuen Idee prüfen, bis dahin bleibt die bisherige Gebührenordnung in Kraft.

Marggraffs Bericht zur Wettbewerbsordnung zeigte im allgemeinen, daß die bisherige Form sich bewährt hat. In einzelnen Punkten werden Revisionen vorgenommen werden, und zwar im Einvernehmen mit anderen daran interessierten Wirtschaftsverbänden.

Sehr interessant waren die Ausführungen von Heinrich Jost-Frankfurt am Main zur Frage der Ausbildung des Nachwuchses. Er stellte fest, es gebe in Deutschland insgesamt annähernd 40 Kunstgewerbeschulen, die noch dazu in bestimmten Teilen Deutschlands sehr eng zusammengedrängt seien, besonders in Westfalen und im Rhein-Main-Gebiet. Bei oberflächlicher Schätzung würden von diesen Schulen jährlich mindestens 300 Gebrauchsgraphiker ausgebildet, hinzukämen

noch die Schüler der gleichen Gruppe an den Akademien und Handwerkerschulen. Die meisten so ausgebildeten Schüler seien jedoch für das praktische Leben unbrauchbar, da sie rein einseitig künstlerisch ausgebildet und daher unfähig wären, den praktischen Aufgaben des Lebens sich anzupassen. Die Schuld hieran trage nicht unwesentlich der überwiegend künstlerisch orientierte Lehrkörper der Schulen, der es nicht verstände, während der Ausbildung die Schüler mit den realen Forderungen der Praxis vertraut zu machen. Nach Jost's Auffassung müsse der Bund hier mit seiner Arbeit einsetzen. Statistische Erhebungen haben ergeben, daß etwa 20 Proz. der Bundesmitglieder in Lehrämtern tätig seien. Durch die Vermittlung dieser Mitglieder müsse versucht werden, Einfluß auf die Schulen und die Gestaltung der Lehrpläne zu gewinnen. Leider müsse festgestellt werden, daß eine ganze Reihe ausgezeichneter, in der Praxis bewährter Gebrauchsgraphiker niemals in Lehrämtern kämen, da die Besetzung dieser Ämter erfahrungsgemäß zum größten Teile auf Protektion und Beziehungen beruhe. In der sich anschließenden eifrigen Diskussion wurden diese Forderungen